



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

10. JAHRGANG • NR. 67

DEZEMBER 2011

STANDPUNKT

- 2 SPD-Kontrastprogramm zur Regierungskonfusion

HOMEPAGE

- 3 Neu eingestellt: Jahrbuch und Register 2011, Info-Broschüre 2012

WAHLKREIS

- 3 Herbstempfang und Ausstellungseröffnung im Bürgerbüro Porz mit Grundgesetzquiz
- 4 Neujahrsempfang mit Sigmar Gabriel am 2. Februar in Porz

KÖLN

- 4 Diskussion mit Prof. Frank Decker zum deutschen Parteiensystem am 10. Januar
- 4 Fraktion vor Ort zum „Arabischen Frühling“
- 5 Starker Auftritt Steinbrücks vor Rekordkulisse

MITARBEITERTEAM

- 6 Die Arbeiterteams in Berlin und Köln

BUNDESTAG

- 7 Änderung des Telekommunikationsrechts: Bundestagsrede von Martin Dörmann
- 10 Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete in Fraktionsfunktionen bestätigt
- 10 „Leitmarkt Raumfahrt“- Diskussion
- 10 Space-Shuttle-Team zu Gast im Bundestag
- 11 Projektgruppe Telekommunikationsnetze
- 11 Wahlkreis-Besuchergruppe
- 11 Betriebsrätekonferenz
- 12 Bundeshaushalt 2012

SPD

- 14 SPD-Bundesparteitag

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

- 17 Friedrich-Ebert-Stiftung

INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2012, Büros, Impressum



Peer Steinbrück hatte in Köln einen starken Auftritt vor 450 Gästen (Bericht auf Seite 5)

SPD-Bundesparteitag

Wahlen, Beschlüsse und Reden

Seite 14

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 16.12.2011

SPD-Kontrastprogramm zur Regierungskonfusion

Personell und inhaltlich starke SPD demonstriert Geschlossenheit

Liebe Leserinnen und Leser,

gut zwei Jahre nach der verlorenen Bundestagswahl hat die SPD die Phase der **Konsolidierung und Erneuerung** erfolgreich abgeschlossen. Vom **Bundesparteitag** im Dezember ging ein starkes Signal der Geschlossenheit und des Aufbruchs aus.

Zu praktisch allen wichtigen Themen gab es lebendige Debatten. Grundlegende Anträge wurden mit breiten Mehrheiten verabschiedet. **Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier** und **Peer Steinbrück** sind ein überzeugendes Führungsteam und ergänzten sich durch starke Auftritte nahezu perfekt. Und mit der großen Europarede von **Helmut Schmidt** bekam die Zusammenkunft in Berlin gar noch historischen Glanz. Die Sozialdemokratie hat damit in beeindruckender Weise ihre Regierungsfähigkeit demonstriert.

Jetzt geht es darum, bei den Menschen für einen **Politikwechsel** in Deutschland zu werben. Zunächst bei den nächsten **Landtagswahlen** in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, wo gute SPD-Kandidaten die Unionsregierungen knacken könnten, 2013 dann im Bund.

Unser Land wird schlecht regiert. Die **schwarz-gelbe Bundesregierung** schleppt sich von Anfang an durch und bietet keine überzeugenden Konzepte. Frau **Merkel** springt seit Beginn der **Krise in Europa** zu kurz. Ihre Aussagen und Ankündigungen werden in immer kürzeren Abständen von der Wirklichkeit eingeholt. Die Vertrauenskrise ist noch längst nicht überwunden, weil die bisherigen Beschlüsse unzureichend sind. Die Kanzlerin hat die Krise nicht verursacht - aber sie hat es versäumt, von Anfang an entschlossen gegenzusteuern und somit die Risiken für Deutschland weiter erhöht.

Bei ihrem Koalitionspartner **FDP** hat man immer mehr den Eindruck, man könnte doch gleich die Stelle eines Konkursverwalters ausschreiben. Der einseitig populistische Klientel- und Steuerentlastungskurs Westerwelles hat die inhaltliche Ausrichtung sträflich verengt und die Glaubwürdigkeit dieser Partei grundlegend erschüttert. Man hat so eine Ahnung, dass der kürzliche Rücktritt des Generalsekretärs **Lindner** nicht der letzte war. Insgesamt bietet diese **Regierungskoalition** ein Bild der **Konfusion**, also der Verwirrung und Unklarheit.

Dazu bietet die **SPD** ein deutliches **Kontrastprogramm**. Unsere personellen und inhaltlichen Alternativen können sich sehen lassen. Die SPD hat insbesondere konkrete **Konzepte** für mehr **Gerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt** und **wirtschaftlichen Erfolg**.



Bildung darf nicht von der Herkunft abhängen, **Gesundheit** nicht vom Einkommen. Es geht um **Arbeit**, von der man anständig leben kann, um die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und **Familie**, um gleiche Aufstiegschancen für Frauen und Männer.

Wir haben unsere Vorschläge durchgerechnet und bieten eine **solide Finanzierung** an. Ja, wir brauchen zusätzliche **Steuern** von den besonders gut Verdienenden, weil wir notwendige **Investitionen** in die Zukunft nicht auf Pump finanzieren wollen, etwa für Bildung.

Wir stehen zu **Europa** und dem Euro, weil sie gerade in einer globalisierten Welt Arbeitsplätze und unsere wirtschaftliche Zukunft sichern.

Wir wollen die **Demokratie** innerhalb und außerhalb der Parlamente stärken und die Menschen gerade bei schwierigen Entscheidungen mitnehmen. Die auf dem Parteitag beschlossene **Parteireform** verankert zusätzliche Mitwirkungsrechte für Mitglieder und Beteiligungsmöglichkeiten für Unterstützer. Zudem gab es erstmals einen ausführlichen Leitantrag zur **Netzpolitik**, der die Grundsatzpositionen der SPD zur digitalen Gesellschaft definiert.

Die **Zeit bis zur Bundestagswahl** wollen wir nutzen, unser Programm weiter zu **konkretisieren**. Noch sind nicht alle Arbeiten erledigt. Gerade die Krise in Europa wird uns in besonderer Weise fordern.

Insgesamt aber präsentiert sich die SPD schon heute **auf der Höhe der Zeit**.

Herzlichst

Ihr



Thematisch gegliederte Auflistung der Berlin Depesche-Artikel 2011



Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2011



Informationen zu Aufgaben, Wahlkreis und Büros von Martin Dörmann

WAHLKREIS

Herbstempfang mit Ausstellungseröffnung im Bürgerbüro Porz

Collagen von Horst Rohde und Quiz der Abgeordneten zum Grundgesetz

Zahlreiche Gäste konnten Martin Dörmann und Jochen Ott am 4. November zum Herbstempfang in ihrem gemeinsamen Büro begrüßen. Anlass war die Eröffnung der Ausstellung von Collagen von Horst Rhode unter dem Titel „Faszination Grundgesetz“.

Wie üblich werden die Werke sechs Monate zu besichtigen sein. sem Thema. Martin Dörmann nannte ihn einen „Verfassungspatrioten“, weil er die Menschen für das Grundgesetz und vor allem für die Grundrechte begeistern möchte.

Vor diesem Hintergrund haben die beiden Abgeordneten ein Quiz mit Fragen zum Grundgesetz erarbeitet. Die Teilnahme ist noch bis zum 15. Januar möglich. Der Fragebogen kann auf der Homepage von Martin Dörmann heruntergeladen oder im Bürgerbüro abgeholt werden. Zu gewinnen gibt es eine viertägige Informationsreise nach Berlin für zwei Personen im Sommer 2012.



Collage von 2009 zu 60 Jahren Grundgesetz

Der pensionierte Regierungsdirektor Rhode beschäftigt sich schon seit einigen Jahren intensiv mit die-



Jochen Ott, Horst Rohde und Martin Dörmann

→ Das Grundgesetzquiz zum Herunterladen: www.martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2011/11/111102-Quiz-zum-Grundgesetz-EF.pdf

Gastredner:

Sigmar Gabriel

SPD-Parteivorsitzender

Donnerstag, 2. Februar 2012, 18:00 Uhr

(Einlass 17:30 Uhr)

Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln (Porz)



KÖLN

Forum Bundespolitik

Martin Dörmann diskutiert mit dem Parteienforscher Prof. Frank Decker

Trends im deutschen Parteiensystem

Dienstag, 10. Januar 2012, 19:00 Uhr

Hans-Jürgen Wischnewski-Haus,
Magnusstraße 18b, 50672 Köln (Innenstadt)

Das deutsche Parteiensystem bleibt in Bewegung. Seit der Bundestagswahl 2009 verzeichnen wir drei möglicherweise einschneidende Entwicklungen: den beispiellosen Absturz der FDP, den Höhenflug der Grünen und das Auftauchen einer neuen Kraft, der Piraten. Mit dem renommierten Parteienforscher **Prof. Dr. Frank Decker** wollen wir über mögliche Konsequenzen im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl diskutieren.

Dies ist die öffentliche Auftaktveranstaltung für das neue „Forum Bundespolitik“ der KölnSPD, das von **Martin Dörmann** geleitet wird.



Prof. Frank Decker

Fraktion vor Ort: „Tunesien und der arabische Frühling“

Zukunftsdialo g mit Sami Adouani und Norbert Burger

Über 100 Gäste kamen Anfang Oktober zur „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten nach Ehrenfeld.

In seiner Begrüßung und Eröffnungsrede ging **Rolf Mützenich** auf den historischen Umbruch im Nahen Osten ein. Besonders die Protestbewegung in Tunesien und Ägypten haben gezeigt, dass die alten Regime verkrustet sind und von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert werden. Der arabische Krisengürtel von Marokko bis Jordanien, liegt in Europas unmittelbarer Nachbarschaft. Für die EU und die deutsche Außenpolitik bedeutet dies, Strategien zur Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Nordafrika und dem Nahen Osten zu entwickeln.

Der Projektkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien **Sami Adouani**, ging in seinem Impulsre-

ferat auf die aktuelle politische Situation in Tunesien ein. Derzeit sind 65 politische Parteien zur Wahl im Oktober zugelassen, weitere befinden sich im Prozess der Zulassung. Tunesien steht vor der Weichenstellung, gelingt es eine moderne, demokratische Gesellschaftsordnung zu schaffen, zu deren Prinzipien Pluralismus, Toleranz und Gleichstellung von Mann und Frau gehören, oder werden die konservativen Blockparteien weiter die Politik bestimmen?

In der anschließenden Gesprächsrunde betonte **Norbert Burger** in seinem Statement die Wichtigkeit der Städtepartnerschaft zwischen Köln und Tunis. Er forderte, dass gerade jetzt die Stadt Tunis viel Unterstützung von der Stadt Köln benötigt, um den demokratischen Prozess zu beschleunigen.

450 Gäste kamen zur Diskussion um die Euro-Krise

Der Andrang war noch größer als ohnehin erwartet. Rund 450 Interessierte strömten am 16. November zur „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** ins Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum. Mehr als in den vorgesehenen Saal passen, weshalb der „Zukunftsdialog“ über die „Finanzpolitik in Zeiten der Euro-Krise“ zusätzlich auf eine Videoleinwand im Foyer übertragen wurde. Auch OB **Jürgen Roters**, Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes**, Ex-OB **Norbert Burger** und Kölns DGB-Chef **Andreas Kossiski** waren dabei.



Ein engagierter Steinbrück

Die Gäste kamen mit hohen Erwartungen, vor allem an den Hauptredner **Peer Steinbrück**. Und sie wurden nicht enttäuscht. Der ehemalige Finanzminister sprach Tacheles zur Euro-Krise. Einerseits gab es Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung. Vor allem aber war seine Rede ein deutliches Plädoyer für Europa und den Euro: „Deutschland wird nur eine Chance in und mit Europa haben.“



Kölner Abgeordnete mit Gästen

Angesichts der weiter voranschreitenden Globalisierung könne man sich ein Auseinanderbrechen des europäischen Projekts weder politisch noch ökonomisch leisten. Die Probleme innerhalb der Euro-Zone müssten konsequent angegangen werden, wofür er konkrete Forderungen ausführte. Die gemeinsame Währung dürfe aber nicht infrage gestellt werden. Schließlich habe sich der Wechselkurs des Euro als stabil erwiesen. Davon profitiere Deutschland als Exportnation in besonderer Weise.

Einen speziellen Reiz hatte die Veranstaltung, weil in

der anschließenden Talkrunde, die von Martin Dörmann moderiert wurde, ein prominenter Eurokritiker der ersten Stunde zu Worte kam. **Prof. Joachim Starbatty** hatte mit anderen Professoren (erfolglos) beim Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro und zuletzt gegen die Beteiligung Deutschlands am Euro-Rettungsschirm geklagt. Zwar wolle auch er den Euro nicht abschaffen. Aber es müsse genauer hingesehen werden, wer die notwendigen Voraussetzungen erfülle: „Das Problem der Währungsunion ist nicht der Euro, sondern der Riss, der durch die Länder geht, die drin sind.“ Wer wie Griechenland nicht wettbewerbsfähig sei, sollte die Gemeinschaftswährung verlassen. Dies müsse auch für andere Länder gelten.



Talkrunde mit Steinbrück, Dörmann und Starbatty

Steinbrück wies darauf hin, dass es keine rechtliche Möglichkeit für einen Ausschluss gebe: „Die Griechen entscheiden selbst, ob sie noch Teil der Euro-Zone sein wollen.“ Den von Starbatty geforderten Radikalschnitt lehnte er ab: „Nach ihren Vorstellungen bleiben ja nur noch Nordrhein-Westfalen und Bayern über, um im Euro zu bleiben.“ Das mache wenig Sinn. „Herr Starbatty will das Problem mit der Flex angehen, wir mit dem Schraubenzieher.“

Moderator Martin Dörmann stellte zum Abschluss fest, dass die beiden „Eurofighter“ die Erwartungen an eine spannende Debatte voll erfüllt hätten. So sahen es wohl alle im Saal – und auch die davor.



Geselliger Ausklang in kölscher Kneipe

DIE MITARBEITERTEAMS IN BERLIN UND KÖLN

Martin Dörmann unterhält neben seinem Berliner Abgeordnetenbüro gleich drei Bürgerbüros in Köln. Nachfolgend geben wir einen Überblick zum Arbeiterteam. Die Adressen und Öffnungszeiten der Büros finden sich auf der letzten Seite.

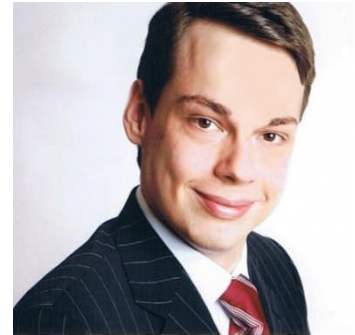
Das Team im Abgeordnetenbüro Berlin



Stefan Stader
Büroleiter



Dr. Matthias Dahlke
Wissenschaftlicher Mitarbeiter



Marcel Röthig
Studentischer Mitarbeiter

Das Team im Wahlkreisbüro in Porz



Tim Cremer
Büroleiter



Nadesha Klugiewicz
Wahlkreismitarbeiterin



Ralf Steinmeier
Webmaster der Homepage

Das Arbeiterteam von Jochen Ott, MdL im Gemeinschaftsbüro: Marion und Karl-Heinz Tillmann

Im Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten



Renate Dinkelbach
Gemeinsame Mitarbeiterin der Kölner
SPD-Bundestagsabgeordneten



Frank Heinz
Mitarbeiter von Stephan Gatter, MdL
im Gemeinschaftsbüro

Änderung des Telekommunikationsrechts

Schwarz-Gelb verweigert Absicherung der Breitband-Grundversorgung

Am 28. Oktober hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Telekommunikationsrechts sowie einige Anträge der Opposition hierzu in 2./3. Lesung beraten. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalition angenommen. Allerdings steht ein endgültige Entscheidung noch aus, da der Bundesrat zwischenzeitlich den Vermittlungsausschuss angerufen hat. Das Gesetz ist zustimmungspflichtig.

In der Plenardebatte Ende Oktober hatte **Martin Dörmann** als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion auf Wirtschaftsminister **Philipp Rösler** geantwortet (siehe nachfolgend abgedruckte Rede).

Die von der schwarz-gelben Regierungskoalition vorgelegten Gesetzesänderungen bringen einige Verbesserungen, die von der SPD-Fraktion begrüßt werden. Allerdings resultieren die meisten davon aus den Vorgaben der einschlägigen EU-Richtlinien, die eigentlich bereits längst hätten umgesetzt werden müssen.

An vielen Stellen springt die Koalition deutlich zu kurz. Weder kommt es zu einer gesetzlichen Definition und wirksamen Absicherung der Netzneutralität im Internet, noch werden die notwendigen Impulse für den weiteren Breitbandausbau gesetzt. Damit verweigert die Regierungskoalition vielen Menschen Teilhabemöglichkeiten am technischen Fortschritt und lässt wirtschaftliche Potenziale ungenutzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat umfassende Anträge zum Breitbandausbau, zur gesetzlichen Absicherung der Netzneutralität und für besseren Verbraucherschutz im Bereich der Telekommunikation vorgelegt. Alle Anträge gehen deutlich über die Ansätze der Bundesregierung hinaus (siehe letzte Berlin Depeschen).

Unverständlich ist vor allem, dass die Koalition sich auch weiterhin einer gesetzlichen Absicherung der Breitband-

Grundversorgung verweigert, die inzwischen Teil der Daseinsvorsorge geworden ist. Eine der zentralen politischen Aufgaben muss es sein, schnelles Internet für alle zu verwirklichen. Nach den Ankündigungen der Mobilfunkunternehmen rückt mit dem bereits begonnenen LTE-Ausbau eine flächendeckende Versorgung nahe, wird aber immer noch nicht vollständig umgesetzt. Um die drohende verbleibende Lücke zu verhindern, hat die SPD-Bundestagsfraktion eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung vorgeschlagen. Damit wäre das Problem der „weißen Flecken“ endgültig gelöst.

Zudem haben wir dargelegt, welche weitergehenden Initiativen notwendig sind, um neben einer Grundversorgung auch für eine dynamische Entwicklung durch einen weiteren Glasfaserausbau zu sorgen. Planungsrechtliche Vorgaben und staatliche Förderprogramme müssen verbessert und erweitert werden, damit Wirtschaftlichkeitslücken schrittweise geschlossen werden. Alleine durch ein Sonderprogramm Breitbandausbau bei der KfW und damit verbundene Zinsverbilligungen könnten zusätzliche Investitionen in Milliardenhöhe angestoßen werden. Eine investitionsfreundliche Regulierung und ein „Open access“-Marktmodell können ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten.

Im Gesetzgebungsverfahren hat sich gezeigt, wie tief zerstritten die Koalitionsfraktionen insbesondere bei der Frage des Universaldienstes ist. Nachdem monatelang Stillstand herrschte, hat sie ihren Änderungsantrag erst auf die letzte Minute vorgelegt und damit eine angemessene parlamentarische Beratung verhindert. Dabei ist die europäische Umsetzungsfrist bereits seit Monaten abgelaufen. Das ist Politikstau statt Datenturbo. Da es sich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt, setzt die SPD-Fraktion nun darauf, dass mit Hilfe der Länder Versäumtes nachgeholt werden kann.

Bundestagsrede von Martin Dörmann in der Plenardebatte am 28. Oktober:

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Herr Minister, wir haben durchaus positiv vernommen, dass Sie hier das Thema Netzneutralität in den Vordergrund gestellt haben. Ich denke, wir werden Sie an Ihren Worten messen.

Ich komme gerade von einer Diskussion, wo ein Unionskollege gesagt hat:

(Thomas Jarzombek (CDU/CSU): Wer denn?)

Netzneutralität ist ein staatlicher Eingriff. - Das hat er kritisch gemeint. Ich bin gespannt, wie die Koalition das zusammenbringt.

(Zuruf von der FDP: Wer war es denn?)

Ich denke, der Kollege Jarzombek wird nachher selber dazu Stellung nehmen.

Ich komme gerade von einer Veranstaltung der Amerikanischen Handelskammer mit dem Titel: Das TKG in der Warteschleife? Ich finde, die Fragestellung passt sehr gut zu dem gesetzgeberischen Stillstand in den mehr als fünf

Monaten seit der ersten Lesung der Novelle. Immer wieder hat die Koalition die abschließenden Beratungen verschoben, weil es innerhalb der Unionsfraktionen oder zwischen FDP und Union hin- und herging. Zum zentralen Thema Breitbandausbau fand man lange keine gemeinsame Position. Inzwischen ist übrigens die Umsetzungsfrist für die einschlägigen EU-Richtlinien längst verstrichen, sodass Deutschland eine Strafzahlung droht.

Am Dienstag dieser Woche jedoch hat die Koalition ihr eigenes Chaos noch einmal gesteigert. Morgens hieß es, das TKG würde beraten. Mittags wurde den Parlamentarischen Geschäftsführern dann mitgeteilt, die Beratung müsse um eine Woche verschoben werden. Als dann die Fraktionssitzungen zum Teil schon beendet waren, kam am späten Nachmittag überraschend die Nachricht: Das Thema wird doch wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Erst am Abend wurde dann der umfangreiche Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen per E-Mail zugesendet. Den meisten Abgeordneten wurde so die Möglichkeit genommen, die Unterlagen vor den Ausschusssitzungen am nächsten Tag sorgfältig zu prüfen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Unverschämtheit!)

Doch damit nicht genug. Im Innenausschuss kam es am Mittwoch zum Eklat, weil die Koalitionsmehrheit eine Debatte zur Gesetzesnovelle verhinderte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, das ist kein angemessener Umgang mit einem wichtigen Gesetz. Sie sollten Ihre Streitigkeiten zukünftig nicht mehr auf dem Rücken des Parlamentes austragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Auch das inhaltliche Ergebnis lässt doch an vielen Stellen zu wünschen übrig. Immerhin wollen wir aber anerkennen, dass es in einigen Punkten durchaus Verbesserungen gab, die wir ausdrücklich begrüßen. Namentlich will ich den auch von uns geforderten besseren Zugang zu alternativen Infrastrukturen nennen, der Kostenvorteile für den Breitbandausbau ermöglicht. Wichtige unserer Forderungen wurden jedoch nicht umgesetzt. Ich will in diesem Zusammenhang auf die von der SPD-Fraktion vorgelegten umfassenden Anträge zu den Themenbereichen Breitbandausbau, Netzneutralität und Verbraucherschutz hinweisen. So springt die Regierungskoalition insbesondere beim Thema Breitbandausbau trotz einiger Einzelverbesserungen weiterhin zu kurz.

Zwei Aspekte müssen wir beim Breitbandausbau unterscheiden: Zum einen geht es um eine flächendeckende Grundversorgung, damit schnelles Internet für alle endlich verwirklicht werden kann. Zum anderen brauchen wir eine dynamische Entwicklung und damit einen weiteren Ausbau der Glasfasernetze. Eine schnelle Internetverbindung - darin sollten wir uns eigentlich einig sein - wird inzwischen in vielen Lebensbereichen einfach vorausgesetzt. Damit ist ein Breitbandanschluss aber auch zu einem Teil der Daseinsvorsorge geworden.

Deshalb will die SPD-Bundestagsfraktion mit Hilfe einer gesetzlichen Universaldienstverpflichtung die Grundversorgung sicherstellen. Noch immer sind zahlreiche Kommunen und Hunderttausende von Haushalten nur unzureichend versorgt. Universaldienst bedeutet dabei: Jeder hat einen Anspruch auf die Leistung, aber eben nicht kostenlos, sondern zu einem angemessenen Preis.

(Dr. Erik Schweickert (FDP): Wie hoch soll der denn sein?)

Nach meiner festen Überzeugung haben wir hierfür als einzige Fraktion einen wirklich europarechtskonformen Weg aufgezeigt.

(Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch!)

Wir orientieren uns dabei an einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes, das wir frühzeitig in Auftrag gegeben und übrigens allen Fraktionen zur Verfügung gestellt haben. Die EU-Universaldienstrichtlinie erlaubt keine beliebige Verpflichtung, sondern setzt dafür klare Grenzen und Kriterien.

Der Universaldienst muss technologieneutral ausgestaltet werden und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden. Die konkrete Bandbreite muss sich an der Bandbreite orientieren, die von der Mehrheit der Nutzer tatsächlich verwendet wird. Es geht also um die abgeschlossenen Verträge und um die Übertragungsgeschwindigkeiten, die mehrheitlich erreicht werden.

(Dr. Erik Schweickert (FDP): Nennen Sie doch einmal eine Zahl!)

Nach Einschätzungen der Branche und der Bundesnetzagentur dürften diese Bandbreiten irgendwo in einem Bereich zwischen 2 und 6 Megabit pro Sekunde liegen. Exakte Erhebungen und Zahlen gibt es allerdings noch nicht. Gerade deshalb fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, dass zunächst die zulässige Bandbreite ermittelt und dann auch konkret in das Gesetz aufgenommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Nur ein solcher Weg schafft echte Planungssicherheit und vermeidet mögliche Klagen von Unternehmen.

Nun wollen auch Grüne und Linksfraktion den Universaldienst; sie legen sich aber bereits heute auf eine konkrete Bandbreite fest, die eben nicht solide ermittelt wird.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie die EU!)

Die Grünen etwa zitieren aus einem eigenen Gutachten, in dem die Berechnungsmethode nicht dargelegt ist. Es gibt also zurzeit noch keine verifizierten Zahlen.

Die FDP ist bekanntlich aus ideologischen Gründen ganz gegen den Universaldienst,

(Claudia Bögel (FDP): Das sind gute Gründe! - Gegenruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dagegenpartei!)

und in der Union gibt es ein ziemlich großes Durcheinander. Noch am Dienstagmorgen hieß es, der Universaldienst sei im Antragsentwurf enthalten. In einem Papier der Unionsfraktion war zwischenzeitlich sogar von einem Universaldienst mit 16 oder 50 Megabit die Rede, obwohl jeder Experte weiß, dass das rechtlich erst recht nicht umzusetzen wäre.

Ich glaube, gerade diese unseriöse Diskussion hat am Ende berechtigte Kritik provoziert und vielleicht auch verhindert, dass heute ein vernünftiges Modell seitens der Koalition zur Abstimmung gestellt wurde. Ich hoffe, dass die Diskussion durch den Umweg über den Bundesrat - der Gesetzentwurf ist schließlich zustimmungspflichtig - vielleicht noch nicht ganz abgeschlossen ist.

Ich will an dieser Stelle noch auf die Argumente eingehen, die gegen eine Universaldienstverpflichtung vorgebracht werden. So heißt es, der Wettbewerb werde schon zu den richtigen Ergebnissen führen, und es wird auf den bereits begonnenen LTE-Ausbau hingewiesen. Ich will ausdrücklich betonen: Auch wir sind für Wettbewerb und Investitionen möglichst vieler Unternehmen. Die Mobilfunkunternehmen haben aber keine vollständige, sondern nur eine weitgehende Abdeckung angekündigt. Die höchste Zahl, die genannt wird, ist 99 Prozent. Das ist bekanntlich weniger als 100 Prozent.

Eine vollständige Abdeckung ist also noch nicht sicher. Sie war im Übrigen auch seinerzeit in den Versteigerungsbedingungen nicht enthalten. Darin ging es nur um 90 Prozent. Deshalb sagen wir: Verbleibende weiße Flecken dürfen wir nicht weiter hinnehmen.

(Beifall bei der SPD – Claudia Bögel (FDP): Das machen wir auch nicht!)

Im Übrigen sind auch keine Wettbewerbsverzerrungen zu befürchten. Denn der Universaldienst würde nur dort greifen, wo nicht investiert wird. Wo kein Wettbewerb ist, kann auch nichts verzerrt werden.

Hinzu kommt: Unser Vorschlag sieht vor, dass wir die Universaldienstverpflichtung erst zum 1. Januar 2013 wirksam werden lassen. Damit erhalten die Unternehmen selbst die Möglichkeit, durch einen vollständigen Ausbau die Auferlegung von Verpflichtungen zu vermeiden.

Sollte sich Ende 2012 hoffentlich herausstellen, dass es keine weißen Flecken mehr gibt, bräuchte also auch kein aufwendiges Verfahren in Gang gesetzt zu werden. Mit einer gesetzlichen Regelung hätten wir aber endlich die Gewissheit, dass alle Kommunen und Haushalte versorgt werden.

Neben einer Grundversorgung im Sinne der Daseinsvorsorge brauchen wir eine dynamische Entwicklung beim weiteren Breitbandausbau. Das bedeutet in erster Linie einen schrittweisen Ausbau des Glasfasernetzes.

(Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Herr Präsident, ich glaube, der Kollege Jarzombek hat eine Frage.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das klingt sehr stark nach einer seit Tagen bestehenden Absprache. Aber zu dieser frühen Morgenstunde wollen wir besonders großzügig sein. - Bitte schön, Herr Kollege Jarzombek.

Thomas Jarzombek (CDU/CSU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Dörmann, wir führen schon fast die Diskussion von vorhin fort.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sehen Sie? Ich fühle mich bestätigt.

Thomas Jarzombek (CDU/CSU):

Habe ich Sie richtig verstanden, dass der Universaldienst, den Sie ins Gesetz aufnehmen wollen, zum 1. Januar 2013 greift? Sie wissen, dass man dann erst einmal den jeweiligen Bedarf feststellen muss. Anschließend muss ausgeschrieben werden. Die Unternehmen müssen sich auf diese Ausschreibungen hin bewerben. Es wird Widersprüche bei den Vergabekammern geben. Dann wird die Infrastruktur ausgebaut. Dieser Prozess wird, vorsichtig geschätzt, zwei bis vier Jahre dauern.

Das heißt: Ausgehend vom 1. Januar 2013 streben Sie, wenn man die zwei bis vier Jahre dazurechnet, für 2016 eine Bandbreite von 2 Megabit an. Ist das heute Ihr Vorschlag?

(Dr. Erik Schweickert (FDP): Das ist die SPD!)

Martin Dörmann (SPD):

Nein, Herr Jarzombek. Erstens ist Ihr Zeitplan falsch. Richtig ist: Das Ganze soll ab dem 1. Januar 2013 als gesetzliche Verpflichtung greifen. Richtig ist auch, dass dann natürlich erst einmal der Bedarf festgestellt werden muss und dass es dann gegebenenfalls eine Ausschreibung

geben muss. Wir haben die Hoffnung, dass Ihre Prognose, dass der LTE-Ausbau sehr weit reicht, dazu führen wird, dass es eine überschaubare Anzahl von Regionen gibt, in denen man eine Prüfung vornehmen muss. Dann wird ausgeschrieben. Dort, wo weiße Flecken bleiben, greift die Regelung.

Da Sie auf 2 Megabit abzielen: Wir haben in unserem Antrag ausdrücklich das aufgenommen, was die EU vorgibt. Wir müssen erst einmal feststellen, welche Bandbreite von einer Nutzermehrheit verwendet wird. Wir haben in unserem Antrag die Bandbreite nicht konkretisiert, weil wir noch keine exakten Zahlen haben.

Wenn Sie argumentieren, dass es letztendlich kein Problem gibt, weil der Ausbau so umfassend vorgenommen wird, dann wird es auch nicht zu einer solchen Zeitabfolge kommen. Eigentlich ist Ihre Argumentation die beste Begründung dafür, endlich eine gesetzliche Absicherung vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gerade angedeutet: Es geht auch um eine dynamische Entwicklung des Glasfaserausbau. Wir brauchen in Zukunft höhere Übertragungsgeschwindigkeiten. Beim Glasfaserausbau haben wir aber das Problem, dass die Tiefbaukosten sehr hoch sind, fast 80 Prozent der Gesamtkosten betragen und dass sich deshalb ein entsprechender Ausbau in ländlichen Gebieten oft nicht lohnt, zumal die Bereitschaft der Kunden, für größere Bandbreiten mehr Geld zu zahlen, nicht sehr ausgeprägt ist. Höhere Übertragungsraten lassen sich noch nicht in ausreichendem Maße vermarkten. Doch alle Erfahrung zeigt: Der Datenhunger wird dynamisch wachsen. Künftig wollen die Menschen über ihren HD-Fernseher Streaming-Angebote und Internetanwendungen abrufen, vielleicht sogar auf mehreren Geräten im Haushalt. Das bietet eine enorme wirtschaftspolitische Chance, weil diese Dynamik zu Wachstum führt. Auch an dieser Stelle sollte Deutschland Spitze sein.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir ein Maßnahmenbündel, das die Wirtschaftlichkeitslücke schrittweise schließt. Dazu gehört die konsequente Hebung von Synergieeffekten, etwa der Zugang zu vorhandenen Infrastrukturen, um Grabungskosten zu vermeiden. Gezielte Förderprogramme können ebenfalls helfen. Oft würde es bereits ausreichen, wenn das investierende Unternehmen langfristige Kredite zu günstigeren Zinsen aufnehmen könnte. Deshalb regen wir ein Sonderprogramm bei der KfW an, das zu einer Zinsverbilligung führt. Ich freue mich, dass das Wirtschaftsministerium in der gestrigen Ausschusssitzung zugesagt hat, diesen Vorschlag konstruktiv zu prüfen.

Dazu gehören ebenfalls eine investitionsfreundliche Regulierung und ein Open-Access-Marktmodell. Wir brauchen eine Vielzahl an Maßnahmen, um hier weiterzukommen. Viele Baustellen bleiben auch nach Verabschiedung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen bestehen.

Ich komme zum Schluss. Lassen Sie uns heute und in Zukunft die Rahmenbedingungen schaffen, damit Warteschleifen im Netz und in der Politik der Vergangenheit angehören.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete in ihren Fraktionsfunktionen bestätigt

Turnusgemäß finden alle zwei Jahre die Wahlen für die politischen Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion statt. Hierbei wurden im Oktober die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten in ihren Aufgaben bestätigt. **Martin Dörmann** wurde

erneut als Beisitzer in den Fraktionsvorstand gewählt und ist medienpolitischer Sprecher der Fraktion. Wichtige Sprecherfunktionen haben auch weiterhin **Prof. Karl Lauterbach** (Gesundheit) und **Dr. Rolf Mützenich** (Außenpolitik).

„Leitmarkt Raumfahrt“

Martin Dörmann moderierte bei Fachtagung der SPD-Fraktion mit Experten

Im Rahmen der Reihe „Leitmärkte der Zukunft“ fand am 9. November 2011 im Deutschen Bundestag die Fachkonferenz „Perspektiven der deutschen und europäischen Raumfahrt“ statt.



Wolfgang Tiefensee, Martin Dörmann, Frank-Walter Steinmeier und Garrelt Duin (v.l.) im Gespräch

Eingeladen zu der von AG Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion ausgerichteten Veranstaltung hatten die Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Wolfgang Tiefensee**, die jeweils ein Podium moderierten. Ein hochrangiges Fachpublikum diskutierte mit den Experten aus der Luft- und Raumfahrtindustrie, u.a. mit **Evert Dudok**,

BDLI Vizepräsident Raumfahrt, dem Vorstandsvorsitzenden von OHB, **Marco R. Fuchs**, **Jan Christen Jensen**, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der EADS Astrium sowie dem Vorstandsvorsitzenden des DLR Prof. **Dr. Johann-Dietrich Wörner**.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion **Dr. Frank-Walter Steinmeier**. Er hob in seiner Rede hervor, dass die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung an vielen Punkten hinter den hohen Erwartungen zurückbleibt und wenig neue Impulse setzt. Sie beschreibt einen allgemeinen Rahmen, viele konkrete Projekte bleiben hingegen offen. 2007 hatten wir in der Großen Koalition die Raumfahrtpolitik als einen wesentlichen Baustein unserer Hightech-Strategie definiert. Raumfahrtinvestitionen sichern technologische Fähigkeiten und haben deshalb eine besondere Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die deutsche Raumfahrt leistet maßgebliche Beiträge zur Zukunftsfähigkeit des Hochtechnologie- und Innovationsstandortes Deutschland. Ein Schwerpunkt der Raumfahrt ist zum Beispiel die Entwicklung und der Bau von Satelliten-Systemen wie das Navigationssystem Galileo.

Space-Shuttle-Team zu Gast in Berlin

Martin Dörmann begrüßte Crew der „Endeavour“ im Bundestag

Anfang November besuchte die Crew des vorletzten Space-Shuttle-Fluges STS-134 Deutschland und war in diesem Rahmen zu Besuch in der Hauptstadt. **Martin Dörmann** empfing das Team im Reichstag. Er ist Berichterstatter der SPD-Fraktion für Raumfahrtpolitik.

Für Europa und Deutschland war die Mission STS-134 ein besonderer Flug zur Raumstation ISS, da an Board der „Endeavour“ das *Alpha Magnetic Spectrometer* (AMS) zu ISS transportiert wurde. Das AMS wurde zu großen Teilen an der RWTH Aachen entwickelt und führt an Bord der ISS Untersuchungen zur Existenz von Antimaterie durch.



Martin Dörmann mit der Space-Shuttle-Crew (v.l.): Andrew J. Feustel, Roberto Vittori, Gregory H. Johnson und Edward Michael Fincke

„Projektgruppe Telekommunikationsnetze“ der SPD-Fraktion

Martin Dörmann leitet die „Projektarbeitsgruppe Telekommunikationsnetze“ der SPD-Fraktion, zu auch externe Sachverständige und Vertreter aus den Ländern eingeladen werden. Sie soll die Breitbandstrategie der Fraktion weiterentwickeln, die zuletzt in einem Bundestagsantrag zur TKG-Novelle dargelegt wurde (Drucksache 17/5902).

In den letzten Monaten fanden weitere Projektgruppensitzungen mit hochkarätigen Experten statt, zuletzt zu staatlichen Förderprogrammen sowie der möglichen Ausgestaltung eines Breitband-Universaldienstes. Weitere Sitzungen werden folgen. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen sollen bis Mitte 2012 erarbeitet werden.



Dr. Stephan Albers und Martin Dörmann diskutierten mit Matthias Kurth, Präsident der BNetzA

Wahlkreis-Besuchergruppe: „Kölsche Tön“ im Bundestag

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Anfang Dezember wieder eine Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten mehrtägigen Informationsreise gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen.

Diesmal konnte Martin Dörmann eine bunte Gruppe von Vereinsvertretern begrüßen. Zusammengekommen hatten sich neben einigen Schützen mehrere Damen der „**Katholischen Frauengemeinschaft Porz**“ sowie Mitglieder des „**SV Westhoven Ensen**“ und des „**Männergesangsvereins Urbach**“, darunter der designierte Porzer Karnevalsprinz **Ulf Florian**. Bei der traditionellen Diskussionsrunde mit dem Bundestagsabgeordneten stellten die Besucher zahlreiche Fragen, von der Arbeitsweise des Parlaments bis zur Staatsschuldenkrise im Euro-Raum.



Zum stimmungsvollen Abschluss ließ es sich Ulf Florian nicht nehmen, zusammen mit Martin Dörmann und dem MGV Urbach drei kölsche Lieder anzustimmen, darunter „Heimweh noh Kölle“ – der Stimmungslage des Kölner Abgeordneten in Berlin entsprechend

Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Auf der alljährlichen Berliner Betriebs- und Personalrätekonferenz diskutierten auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion 25. November mehr als 250 Gäste mit VertreterInnen aus Politik und Gewerkschaft über Entgeltgleichheit und die Zukunft des Tarifsystems. **Martin Dörmann** freute sich besonders, mit **Jürgen Faust** und **Lothar Krögerrecklenfort** auch eine Delegation aus Köln im Berliner Reichstag begrüßen zu dürfen.

„Die Konferenz hat einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Arbeit von SPD, Gewerkschaften und den Betriebs- und Personalräten geleistet. Wie wichtig dieses Zusammenspiel ist, haben wir auch in der letzten Wirtschaftskrise erlebt, die nur durch einen fairen Umgang miteinander für unser Land relativ glimpflich vorüberging“, so Martin Dörmann.



Die Kölner Betriebsräte Jürgen Faust und Lothar Krögerrecklenfort mit Martin Dörmann (v.l.)

SPD kritisiert hohe Neuverschuldung

Der Bundestag hat am 23. November mit den Stimmen der Regierungskoalition den Bundeshaushalt für das Jahr 2012 verabschiedet (Drs. 17/7123 und 17/7124). In der Debatte um den Kanzleretat sprach als erster Parteichef **Sigmar Gabriel** für die SPD-Fraktion. In einem Rundumschlag legte er die Widersprüche und Unzulänglichkeiten der Merkel-Politik offen.

Gabriel stellte fest, um das Versagen der schwarz-gelben Koalition zu erkennen, benötige man nur drei Zahlen. Erstens die Zahl 22 Millionen Euro. So hoch sind die neuen Schulden für das Jahr 2011. Zweitens die Zahl 4,3 Milliarden Euro. So hoch sind die Steuermehreinnahmen und die gesunkene Zinsbelastungen für 2011. Und drittens die Zahl 26 Milliarden Euro. So hoch ist die Neuverschuldung 2012.

Dass die Bundesregierung in einer Zeit, in der die deutsche Wirtschaft so gut dasteht wie nie seit der Wiedervereinigung, in der die Einnahmen extrem hoch und die Arbeitslosenzahl extrem niedrig ist, dennoch neue Schulden macht, ist für Gabriel inakzeptabel. „Sie stellen die Schuldenbremse des Grundgesetzes auf den Kopf“, schimpfte er und sagte in Richtung von Kanzlerin Merkel (CDU): „Sie verwechseln die Schuldenbremse mit dem Gaspedal. Dabei haben Sie immer gesagt, Sie wollen intelligent sparen – tja, das nennt man dann wohl eine Intelligenzbestie ...“



© Deutscher Bundestag / Thomas Imo/photothek

Gerade weil es Deutschland so gut wie lange nicht gehe, sei der Abbau von Schulden vorrangig. Stattdessen beschäftige sich die FDP beispielsweise lieber mit ihren Versorgungsfällen. Da würden vor der Wahl schnell noch liebsame Mitarbeiter auf hochdotierte Stellen in den Bundesministerien geschoben – allein 166 neu Stellen in hohen Besoldungsgruppen habe das Entwicklungsministerium beantragt, rechnete Gabriel vor. „Ausgerechnet die Partei, die dieses Ministerium immer abschaffen wollte und die über Bürokratieabbau schwadroniert, bläht ihren Apparat auf“, konstatierte Gabriel.

Überhaupt sei die ganze Politik der Bundesregierung eine Tagesbaustelle, in der die Meinungen so schnell wechselten wie die Stimmung. Gabriel

nannte als Exempel die alberne Steuersenkung im Umfang von knapp 6 Milliarden Euro. Die sollte ursprünglich den Geringverdienern zugute kommen, behauptete die FDP. Gabriel: „Die haben nichts davon, denn die Geringverdiener zahlen gar keine Steuern. Und ein Durchschnittsverdiener mit 2250 bekäme bei dieser Steuersenkung 4 Euro im Monat.“ Aber selbst das sei eine Mogelpackung. Denn, so klärte Gabriel auf, durch die Senkung würden die Gemeinden und Kommunen um 2 Milliarden Euro belastet – und holten sich das Geld mittels höherer Gebühren wieder zurück.

Etwas anderes aber sei viel gefährlicher. „Wir haben festgestellt, dass das finanzielle Ausbluten von Gemeinden den Rechtsradikalismus stärken kann. Denn überall dort, wo Sportvereine und Jugendeinrichtungen schließen müssen, überall da, wo also sozial entleerte Räume entstehen, dringen Rechtsradikale in sie ein“, rief Gabriel. In Richtung Regierung sagte er. „Sie sind doch auch unserer Meinung, dass man den Rechtsextremismus verhindern muss, aber dann kürzen Sie nicht weiter, sondern helfen Sie mit, eine soziale Gesellschaft zu erhalten!“. Auch die soziale Stadt gehöre dazu, genau wie die Stadtentwicklung ganz allgemein.

Gabriel verurteilte das von der Bundesregierung gewünschte Betreuungsgeld als „verantwortungslos“. 150 Euro sollen Eltern bekommen, wenn sie ihr Kind nicht in eine Kinderkrippe schicken. „Sogar die Bild-Zeitung kann das nicht nachvollziehen“, stellte Gabriel fest. Damit würden Kindern Bildungschancen genommen.

Auch der von der CDU so nicht genannte, aber faktische Mindestlohn-Vorschlag sei ein „Papiertiger“. Denn damit ließen sich Löhne von 3,18 Euro oder 5,33 pro Stunde nicht verhindern. „Solche Löhne sind eine Schande für unser Land“, wettete Gabriel. Denn Altersarmut zum Beispiel entstehe auch durch Erwerbsarmut. Wer Vollzeit arbeite, muss auch ohne Hartz-IV- oder andere Sozialleistungen auskommen können, so Gabriel. „Alles andere ist zutiefst demütigend.“ Dass Merkel ihrem eigenen Arbeitnehmerflügel nun auf dem Parteitag so in den Rücken gefallen sei, verurteilte Gabriel scharf.

Er ging auch auf die Europa-Politik der Regierung ein. Besonders hervor hob der Parteichef die Tatsache, dass die Bundesbank immer lauter davor warne, dass die Zinsen auch auf deutsche Anleihen steigen könnten, wenn die Politik nicht Herr der Krise werde. Gabriel attestierte Merkel eine arrogante Haltung – „und das, wo Sie doch ständig Ihre Haltung wechseln“.

Der größte Fehler dieser Bundeskanzlerin in ihrer Amtszeit ist für Sigmar Gabriel ihre Arroganz, auf die europäischen Herausforderungen mit nationalen Antworten zu reagieren. Märkte wetten auf die Pleite ganzer Staaten, auf das Auseinanderbrechen

der Währungsunion, Zinsen der Krisenstaaten steigen und steigen, Jugendarbeitslosigkeit in den Schuldenstaaten wächst, die EZB wird zu weiterem Staatsanleihenkauf gezwungen – alles das verhindern Merkel nicht. Gerade die Aktionen der EZB seien im Grunde Eurobonds durch die Hintertür. „Das sind Merkel-Bonds“, postulierte Gabriel. Doch das geschehe eben ohne Kontrolle, ob die Staaten denn auch sparen. Und dann stelle Merkel sich hin

und sage unschuldig, sie könne ja nichts dafür, die EZB sei eben unabhängig.

„Ändern Sie Ihre Politik“, rief Gabriel den Ministerinnen und Ministern zu. Angela Merkel benutze gern das Bild von dem inneren Kompass ihrer Politik. Gabriel: „Dieser Kompass ist kaputt, lassen Sie ihn reparieren! Damit können Sie nicht mehr in See stechen.“

Antrag der SPD-Fraktion zum Bundeshaushalt 2012

Schwarz-Gelb hat die Haushaltskonsolidierung aufgegeben, steigert die Neuverschuldung und verstößt gegen Geist und Sinn der Schuldenregelung des Grundgesetzes – ein falsches Signal auch für Europa. Das Leitmotiv dieser Regierung zeigt sich besonders in der Haushaltspolitik: Schwarz-Gelb kann es einfach nicht.

Der Bundeshaushalt 2012 und die Finanzplanung bis 2015 folgen diesem Nichtkönnen und steuern Deutschland in eine besorgniserregende Richtung.

Es fehlt ein klares Haushaltsmanagement, eine Bereitschaft zum Sparen. Die Neuverschuldung für das kommende Jahr steigt – und das, obwohl sich Steuereinnahmen deutlich verbessert haben. Damit fehlt es auch an einer Vorsorge für die Refinanzierungskrise der Euro-Länder.

Nicht zuletzt aufgrund dieses Versagens fordert die SPD-Fraktion in einem Entschließungsantrag („Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012“, Drs. 17/7860) die Bundesregierung auf:

- die Schuldenbremse einzuhalten, die eine Verschuldungsgrenze von 25,3 Milliarden Euro für 2012 fordert – die Regierung liegt darüber;
- auf die avisierten Steuersenkungen zu verzichten und Mehreinnahmen zur Schuldenreduktion zu nutzen;
- das Finanzierungskonzept der SPD, „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“, umzusetzen inklusive den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Singles bzw. ab 200.000 Euro für Verheiratete auf 49 Prozent zu erhöhen;
- das Bildungssystem auf allen Stufen zu stärken und so für Chancengerechtigkeit zu sorgen;
- einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr zu realisieren;
- eine Offensive für Fachkräfte zu starten, die besonders benachteiligte Jugendliche fördert;
- Studienplätze auszubauen, das Hochschul-

personal aufzustocken und die Studienfinanzierung attraktiver zu machen;

- Förderprogramme für die Weiterbildung stärker einzuführen;
- die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken, u. a. mittels Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiativen, um Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt zu gewährleisten;
- die strukturellen Defizite in der Arbeit der Sicherheitsbehörden umgehend zu beseitigen, das NPD-Verbot voranzutreiben, den Kampf gegen Rechtsextreme zu intensivieren;
- die finanzielle Stabilität der Antidiskriminierungsstelle sicherzustellen;
- den Verkehrsetat strukturell um 1 Milliarde Euro zu erhöhen und die Städtebauförderung auszuweiten;
- eine nachhaltige Wirtschaftspolitik einzuleiten, die auch die Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur zur Folge hat;
- Hunger und Armut in der Welt effektiver und stärker zu bekämpfen und dazu alle Finanzierungshebel (Stichwort KfW) zu benutzen;
- das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ via Gesetzesvorlage aufzuheben;
- die Besetzung der knapp 470 neuen Planstellen und Stellen, die die Koalitionsfraktionen in den Personalhaushalt des Bundes eingebracht haben, zunächst auszusetzen und wie vom Bundesrechnungshof gefordert, zunächst einmal eine Personalbedarfsplanung vorzulegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zum Bundeshaushalt 2012 das im September 2011 vom Parteivorstand beschlossene Finanzierungskonzept (siehe oben) vorgelegt (im Haushaltsausschuss unterlegt durch einzelne Anträge), das im Kern gegenfinanzierte Mehrausgaben für Bildung von 2 Milliarden Euro für 2012 vorsieht.

SPD-Bundesparteitag setzt Signal des Aufbruchs

Vorstandswahlen, wichtige Beschlüsse und viel beachtete Reden

Vom 4. bis 6. Dezember fand in Berlin der Bundesparteitag der SPD statt. Er stand unter dem Motto: „Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit“. Sowohl inhaltlich wie auch personell wurde ein deutliches Signal des Aufbruchs gesetzt. Viel beachtet waren vor allem die starken Reden von **Helmut Schmidt**, **Sigmar Gabriel**, **Frank-Walter Steinmeier** und **Peer Steinbrück**.

Mit wichtigen Beschlüssen in der Steuer- und Finanzpolitik, für Europa, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Rente, Familie und für mehr direkte Demokratie entwickelt die SPD ihre Programmatik weiter. Mit einer Parteireform erneuert sie die Parteiorganisation. Das Ziel ist nun die Regierungsübernahme 2013.



Sigmar Gabriel bleibt Parteivorsitzender

Bei den Vorstandswahlen wurde **Sigmar Gabriel** mit 91,7 Prozent als Parteivorsitzender bestätigt. **Hannelore Kraft**, **Aydan Özoguz**, **Olaf Scholz**, **Manuela Schwesig** und **Klaus Wowereit** wurden als stellvertretende Vorsitzende gewählt. **Andrea Nahles** bleibt Generalsekretärin, **Barbara Hendricks** Schatzmeisterin.

Einen besonderen Schwerpunkt des Parteitags bildete das Thema Europa: mit prominenten Gastrednern von **Helmut Schmidt** über den Präsidentschaftskandidaten der französischen Sozialisten, **Francois Hollande** bis hin zum norwegischen Ministerpräsidenten **Jens Stoltenberg**. Im Parteitagsbeschluss positionierte sich die SPD klar als die Europapartei Deutschlands: mit einer Stärkung der Institutionen, Solidarität mit den Partnern – aber auch scharfer Kontrolle der Haushaltsdisziplin und einer Rückbesinnung auf das Prinzip der Subsidiarität.

Um Europa langfristig als erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialraum und eine starke politische Kraft in der globalen Welt von heute zu etablieren, spricht sich die SPD für eine Europäische Wirtschaftsregierung aus. Eine abgestimmte Wirtschaftspolitik müs-

se dafür sorgen, dass Europa wirtschaftlich nicht auseinanderdrifte, sondern gemeinsam wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erreiche.

Grundlage sozialdemokratischer Europapolitik ist die Überzeugung, dass ein Rückfall in nationalstaatlichen Chauvinismus den Wohlstand und die Bedeutung in allen Mitgliedstaaten massiv gefährde. „Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur europäischen Solidarität. Wir lassen uns von den Märkten nicht auseinandertreiben“, forderte SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier**. Scharf kritisierte er das Krisenmanagement der Bundesregierung: „Europa brennt“, und Schwarz-Gelb bleibe eine Antwort schuldig.

Auch Altkanzler **Helmut Schmidt**, der gleich zu Beginn des SPD-Bundesparteitags eine bewegende Rede zu den Delegierten und Gästen des Parteitages hielt, ließ an der Bundesregierung in puncto Europapolitik kaum ein gutes Haar. „Wenn ein deutscher Außenminister meint, dass ein Besuch in Kabul und Tripolis wichtiger sei als Athen, Lissabon und Dublin, und andere meinen, sie müssten eine Transferunion verhüten, dann ist das eine schädliche deutsch-nationale Kraftmeierei.“



Helmut Schmidt zog mit seiner großen Europarede Delegierte und Gäste in seinen Bann

Ihm bereite Sorge, dass bei den europäischen Nachbarn erhebliche Zweifel an der Stetigkeit deutscher Politik aufgetaucht sind. Die deutsche Volkswirtschaft habe sich zur größten und leistungsfähigsten Europas entwickelt. Diese Stärke und der soziale Friede im Land habe auch Neid ausgelöst, so Schmidt. „Doch uns ist nicht ausreichend bewusst, dass wir von der Weltkonjunktur abhängig sind.“

In seinem Plädoyer für Europa rief er den SPD-Mitgliedern zu: „Lasst uns dafür kämpfen, dass die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche gestärkt hervorgeht.“

→ Alle Beschlüsse des Bundesparteitags unter www.spd.de/aktuelles/Parteitag_2011/21424/beschluesse_bpt_2011.html

Zusammenfassung wichtiger Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages

Organisationspolitisches Grundsatzprogramm

Die SPD will die Rechte ihrer Mitglieder in beispielloser Weise stärken, Frauen stärker fördern und offener für Menschen mit Migrationshintergrund werden. Die SPD setzt sich das Ziel, dass in allen Führungsgremien der Bundespartei zukünftig 15 Prozent der Mitglieder über eine Migrationsgeschichte verfügen.

Die Mitglieder der SPD erhalten so viel Mitsprache wie noch nie zuvor: Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide werden erleichtert. Das Quorum wird gesenkt. Der Mehrheits-Entscheid ist bereits erfolgreich, wenn sich mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten beteiligt hat (bisher musste ein Drittel der Mitglieder zustimmen). Die Mitglieder können künftig auf allen Gliederungsebenen Sachentscheide durchführen.

Wir wollen die Partei für Unterstützer öffnen. Gliederungen können – wie bisher – bei der Aufstellung von Einzelkandidaten/innen für öffentliche Ämter und Mandate Nichtmitglieder beteiligen, wenn es mindestens zwei Kandidat/innen gibt.

Die Arbeitsgemeinschaften werden durch Themenforen ergänzt. Ihr Einfluss auf die Bundespolitik steigt: Die Themenforen und Arbeitskreise auf Parteivorstandsebene erhalten Rede- und Antragsrecht auf dem Bundesparteitag. Der Anreiz für Nichtmitglieder (Unterstützer/innen), bei der SPD mitzuwirken, wird erhöht: Nichtmitglieder können in den Arbeitsgemeinschaften und Themenforen volle Mitgliedsrechte erhalten.

Die Parteigremien werden so umgebaut, dass vor allem die Basis mehr Einfluss erhält. Der Parteivorstand wird von 45 auf 35 Mitglieder verkleinert. Das Präsidium wird abgeschafft. Der Parteivorstand wird damit als Führungsgremium der SPD gestärkt. Er tagt alle zwei Wochen.

Es wird ein Parteikonvent mit 200 Delegierten eingeführt, der an die Stelle des bisherigen Parteirates tritt. Der Parteikonvent hat den Charakter eines „kleinen Parteitages“. Er wird das wichtigste Parteigremium zwischen den ordentlichen Bundesparteitagen und hat im Gegensatz zum heutigen Parteirat echte Entscheidungskompetenzen. Zusätzlich tagt einmal im Jahr eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden. Um die Gliederungen zu stärken, wird der Bundesparteitag vergrößert. Statt 480 Delegierte sollen ihm 600 angehören.

Den Wert der Arbeit und die Lebensqualität im Alter erhöhen

Für die SPD steht der Wert der Arbeit im Mittelpunkt unserer Politik. Sie will einen Arbeitsmarkt ohne Armutslöhne. Die SPD fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €. Jeder, der Vollzeit arbeitet, muss davon ohne weitere Unterstützung leben können. Frauen und Männer sollen das gleiche verdienen und gleiche Aufstiegschancen haben. Die SPD will ein neues Gleichge-

wicht von Arbeit und Leben ermöglichen, indem die Beschäftigten mehr Zeitautonomie erhalten

Der Missbrauch von Minijobs und Leiharbeit muss beendet werden. Als ersten Schritt soll eine Begrenzung der Wochenarbeitszeit bei Minijobs auf 12 Stunden eingeführt werden. Der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss für Stammbeschäftigte und Leiharbeiter ohne Ausnahme gelten.

Den für 2012 vorgesehenen Einstieg in die Rente mit 67 will die SPD aussetzen, bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Der Übergang in die Rente soll flexibler gestaltet werden, weil starre Regeln nicht der persönlichen Leistungsfähigkeit der Menschen gerecht werden. Zeiten geringen Verdienstes sowie der Arbeitslosigkeit sollen bei der Berechnung der Rente höher bewertet werden. Im Alter soll niemand nach einem langen Erwerbsleben auf Grundversicherung angewiesen sein.

Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt

Deutschland ist besser durch die Weltwirtschaftskrise gekommen als die meisten anderen Länder. Doch immer mehr Menschen werden vom Wohlstand abgekoppelt. Zwar sinkt die Arbeitslosigkeit, aber die Zahl der schlecht bezahlten, unsicheren Arbeitsplätze steigt. Die SPD will, dass wirtschaftlicher und technischer Fortschritt allen Menschen zu Gute kommt. Die SPD will Schulden abbauen, Steuern gerecht gestalten und in Bildung und Kommunen investieren.

Dafür müssen die Finanzmärkte konsequent reguliert werden. Die SPD fordert u.a. eine Spekulationssteuer (Finanztransaktionssteuer) mindestens im Euro-Raum einzuführen und bestimmte hochspekulative Geschäfte zu verbieten. Eine schlagkräftige europäische Aufsicht für Banken, Versicherungen und Wertpapiere soll ebenso aufgebaut werden wie die effektivere Kontrolle von Ratingagenturen.

Um nachfolgende Generationen zu entlasten, müssen die Schulden abgebaut werden. Deshalb will die SPD die konjunkturellen Steuererhöhungen dafür verwenden, die Neuverschuldung zu senken. Die SPD macht keine Steuersenkungsversprechen, für die neue Schulden aufgenommen werden müssten. Unnötige und ökologisch nachteilige Subventionen sollen ebenso abgebaut werden wie selektive Steuerbegünstigungen, wenn sie nicht zielgerichtet sind, keine sozialen Nachteile ausgleichen oder sogar gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten fördern. Insgesamt werden so knapp 15 Mrd. € gesamtstaatlich eingespart, davon 9 Mrd. beim Bund.

Um mehr in Bildung und Kommunen zu investieren, soll der Spitzensteuersatz für Bezieher höherer Einkommen auf 49 Prozent erhöht werden (ab einem jährlichen Einkommen von 100.000 €). Die SPD fordert eine Reform der Vermögens- und Kapitalertragsbesteuerung.

Für Bildung sollen ab 2016 10 Mrd. € mehr an Bundesmitteln zur Verfügung stehen. Um die Lebensqualität für alle zu steigern, sollen die Städte und Gemeinden mehr Geld für Soziales und Kultur zur Verfügung haben. Deshalb sollen Städte und Gemeinden ab 2016 zusätzlich zur Übernahme der Grundsicherungskosten jährlich rund 4 Mrd. € mehr erhalten.

Neuer Fortschritt für ein starkes Europa

Die SPD will die politische Einigung Europas ausbauen, um die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. Dazu gehört, wirtschafts- und finanzpolitisch enger zusammen zu arbeiten und die demokratische Legitimation zu erhöhen.

Um Europa langfristig als erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialraum und als eine starke politische Kraft in der globalen Welt von heute zu etablieren, setzt die SPD sich für eine europäische Wirtschaftsregierung ein. Zu einer Währungsunion gehört eine europaweit abgestimmte Stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Sie muss dafür sorgen, dass Europa wirtschaftlich nicht auseinanderdriftet, sondern gemeinsam wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erreicht.

Um Europa erst einmal auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen, fordert die SPD, dass:

- alle EU-Mitgliedstaaten ihre Haushalte konsolidieren.
- Krisenstaaten, die den Rettungsschirm beanspruchen, ihre nationale Souveränität in der Stabilitäts- und Finanzpolitik teilweise aufgeben.
- alle Gläubiger einen gerechten Anteil an der Schuldentilgung tragen. Denn es geht nicht, dass ihr Risiko von den Steuerzahlern getragen wird.
- die internationalen Finanzmärkte reguliert werden.

Deshalb brauchen wir eine schärfere Regulierung hochspekulativer Produkte wie z.B. Derivate, höhere Eigenkapitalquoten der Banken, eine echte europäische Bankenaufsicht, ein spezielles Insolvenzrecht für alle Finanzmarktakteure. Die SPD fordert eine europaweite Finanztransaktionssteuer, um den Finanzsektor an den Kosten der Finanz- und Eurokrise zu beteiligen.

Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger

Die SPD wird gegen eine zunehmende Zwei-Klassen-Medizin vorgehen: Es soll nicht länger von der Versicherungskarte (privat oder gesetzlich) abhängen, wie jemand behandelt wird.

Deshalb fordert die SPD die Bürgerversicherung. Sie gewährleistet Gleichbehandlung und verhindert einen massiven Kostenanstieg für Gesetzlich- und Privatversicherte. Auch für die Pflege wird eine Bürgerversicherung angestrebt, deren Kosten Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen tragen. Zudem soll Pflege durch Angehörige und professionelle Helfer aufgewertet und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt werden.

Bürgerversicherung im Gesundheitssystem bedeutet: Es gibt nur noch ein Versicherungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger. Auch die privaten Versicherungsunternehmen können die Bürgerversicherung anbieten. Damit wird die Bevorzugung von Privatversicherten beendet. Allein die Krankheit ist künftig ausschlaggebend, wie und wann jemand behandelt wird. So werden auch die Privatversicherten vor massivem Beitragsanstieg geschützt, weil es zukünftig keine überhöhte Abrechnung für Behandlungen gibt.

Die Arbeitgeber müssen wieder zur Hälfte an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligt werden. Die Arbeitnehmerbeiträge sinken. Aber nur diejenigen Arbeitgeber müssen mehr zahlen, die besonders hohe Löhne zahlen und Boni, wie zum Beispiel Banken und Versicherungen. Eine aufwendige Erhebung von Beiträgen auf Mieten und Vermögen soll es nicht geben, sondern eine Beteiligung durch einen Steuerzuschuss aus der Kapitalbesteuerung. Ein unbürokratisches System.

Netzpolitische Anträge

Der **netzpolitische Leitantrag** wurde in einigen Teilen online mittels der Software „Adhocracy“ erstellt. Dabei konnte sich jeder Nutzer mit Vorschlägen und Bewertungen beteiligen. Die beiden ergänzenden **Anträge zum Breitbandausbau und zur Netzneutralität** wurden von **Martin Dörmann** für die SPD-Medienkommission erarbeitet und vom Parteitag ebenfalls einstimmig verabschiedet.

Die SPD will die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch in der „digitalen Gesellschaft“ verankern. Ohne gleiche Zugänge für alle, ohne gleiche Informationsmöglichkeiten, ohne die materiellen und technischen Voraussetzungen, ohne chancengleiche Bildung wird das Internet ein soziales Medium der Wenigen und nicht der Vielen sein. Die SPD will daher einen Hochgeschwindigkeitszugang für alle und Netzneutralität, also die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Datenpakete unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel.

Der Zugang zum schnellen Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir die flächendeckende Grundversorgung durch eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung absichern. Wir wollen prüfen, freie WLAN-Netze in allen städtischen Kommunen gemeinsam mit Stadtwerken oder privaten Partnern vorzuhalten. Die Stellung von Medienpädagogik und die Vermittlung von Medienkompetenz müssen im gesamten Bildungssystem gestärkt werden.

Die SPD will die „digitale Welt“ gestalten und die sozialen Sicherungssysteme auf die bereits bestehenden und wachsenden Arbeitswelten im digitalen Raum ausdehnen. Es muss daher um gerechte Bezahlung und fairen Lohn für kreatives Schaffen gehen, aber auch um die Alterssicherung. Das Konzept „Gute Arbeit“ muss auch im boomenden Wirtschaftszweig rund um die neuen Kommunikationsinstrumente gelten.

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

Die politische Kommunikation im und über das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung. In unserer Serie wollen wir „Politische Internetseiten“ vorstellen, die aus sozialdemokratischer Sicht eine besondere Bedeutung haben.

www.fes.de

Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) steht der SPD nahe und ist die größte und älteste parteinahe Stiftung.

Inhaltliches

Themen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Ihre Startseite besticht durch Einfachheit. Das Motto der Stiftung steht zentral im Vordergrund. Lediglich an der Seite finden sich Hinweise auf aktuelle Veröffentlichungen oder Veranstaltungen.

Ein sehr weit gefächertes Informationsangebot findet sich allerdings auf den Unterseiten.

Dort gibt es neben den Rubriken „FES in Deutschland“ und „FES International“ auch Material zu aktuellen Veranstaltungen wie Ausstellungen o.ä., Publikationen, so wie Gesprächs- und Arbeitskreisen.

Auch einen Link zu den Voraussetzungen und der Bewerbung für ein FES-Stipendium für Studenten und Promovierende.

Struktur



Zusätzliche Funktionen

Interaktivität

- Übersichtlicher Veranstaltungskalender mit tagesaktuellen Veranstaltungen so wie einer detaillierten Suchfunktion
- Download und Bestellung von Informationsbröschüren und Veröffentlichungen
- Onlinebewerbung für Stipendien zur Studenten- und Graduiertenförderung
- Zugang zur Bibliothek der FES mit Katalogsuche, Buchbestellung (nach Anmeldung)
- Online Datenbanken (nach Anmeldung)
- Kontakt und Informationen zu verschiedenen Arbeitskreisen
- Große Audio- und Videodatenbank

Besonderheit

Auf den folgenden Seiten finden Sie digitalisierte Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung aus den Beständen des AdsD.

Außerdem haben wir unter Einzelstücke besondere Fundstücke aus dem AdsD für Sie zusammengestellt.

Diese Präsentation wird ständig und in loser Folge erweitert und möchte Ihnen einen Blick auf historisch besonders spannendes, seltenes oder auch kurioses Material bieten.

Schauen Sie doch mal rein!

- » Digitalisierte Quellen
 - » [Augsburger Protokollbuch](#)
 - » [Tagebuch Wolfgang Spieker](#)
- » Einzelstücke

Unter dem Menüpunkt „Archiv“ gelangt man auf das Archiv der sozialen Demokratie“. Unter dem dortigen Unterpunkt „Dokumente aus dem AdsD“ werden in loser Reihenfolge alte Fundstücke aus der Zeit der Arbeiterbewegung digitalisiert und im pdf-Format zum ansehen und herunterladen eingestellt.

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatler der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340

Tel.: 030 / 227 734 18

Fax: 030 / 227 763 48

martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Matthias Dahlke
Marcel Röthig

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Die Sitzungswochen **2012**: 3., 4., 6., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 26., 27., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann S. 3, 5, 6, 10, 11, 12;
©Sigmar Gabriel S. 4;
©Frank Decker S. 4;
Deutscher Bundestag S. 8;
Deutscher Bundestag /
Thomas Imo S. 12;
Marco Urban S. 14;
photothek.net S. 16;
fes.de S. 17

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de



